

// Tabea Bucher-Koenen (ZEW und Universität Mannheim), Marius Cziriak (ZEW und Universität Mannheim), Carmela Aprea (Universität Mannheim)

Wie haben sich Coronakrise und Preissteigerungen auf die Altersvorsorge ausgewirkt?

Zusammenfassung

Durch die Nutzung finanzieller Rücklagen zur Deckung der Haushaltsausgaben können aus kurzfristigen finanziellen Nöten langfristige finanzielle Probleme entstehen. Anhand von repräsentativen Umfragen, die wir zwischen Dezember 2020 und Februar 2023 durchgeführt haben, gehen wir drei Fragen nach: Wie hat sich das Spar- und Vorsorgeverhalten seit Beginn der Coronakrise verändert? Haben Erwerbspersonen in Deutschland auf finanzielle Rücklagen zurückgegriffen, um ihre Ausgaben zu decken? Und konnten Betroffene die genutzten Rücklagen wieder aufbauen?

Unsere Ergebnisse deuten auf grundlegende Änderungen im Finanzverhalten der Deutschen hin. Im ersten Pandemiejahr gaben 17,5 Prozent der Erwerbstätigen an, weniger für ihre Altersvorsorge gespart zu haben. Dieser Anteil stieg 2021 auf 21,2 Prozent und erreichte 2022 31,1 Prozent. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen reduzierten ihre Ersparnis für die Altersvorsorge. Zudem musste ein wachsender Anteil der Bevölkerung für alltägliche Ausgaben auf bestehendes Vermögen zurückgreifen. In den Jahren 2020 und 2021 traf dies auf etwa jeden fünften zu (19,2 bzw. 22,5 Prozent), 2022 gaben fast doppelt so viele Personen an, dass sie auf ihr Vermögen zurückgegriffen haben (39,3 Prozent). Die Mehrheit nutzte dafür liquide finanzielle Rücklagen. Etwa 8,7 Prozent lösten bestehende Finanzanlagen oder Altersvorsorgevermögen auf. Von den Befragten, die seit Beginn der Coronakrise Ersparnisse auflösen mussten, gab etwa ein Drittel an, die Rücklagen bis 2022 wieder teilweise oder vollständig aufgebaut zu haben.

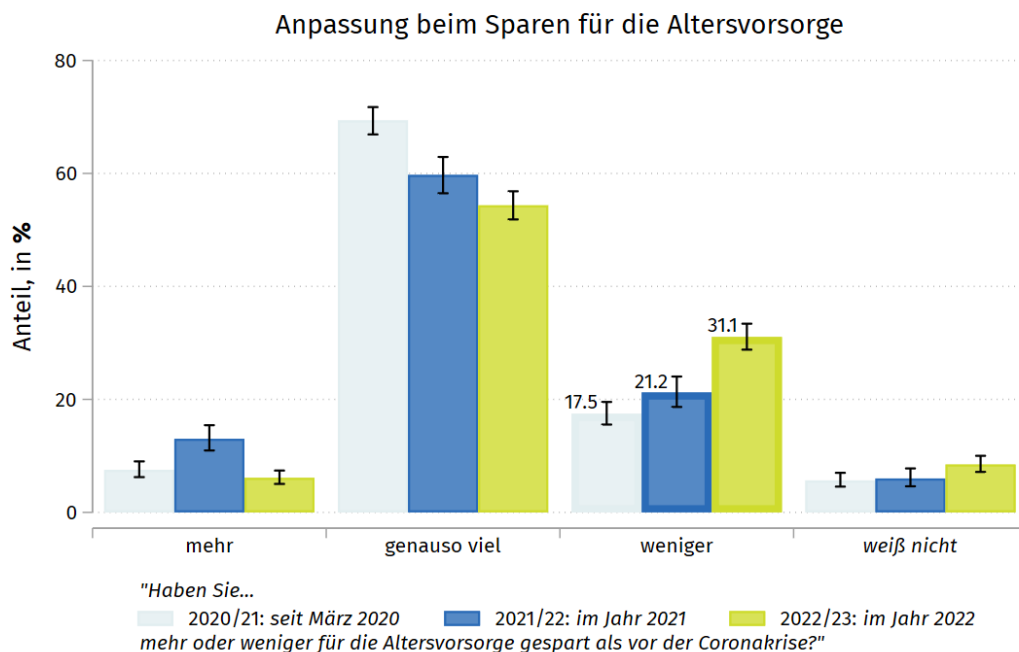
Die Coronakrise sowie Preissteigerungen wirken sich langfristig auf die Ersparnisbildung privater Haushalte aus. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen sorgen seit Beginn der Corona-Pandemie weniger für das Alter vor oder greifen sogar auf bestehendes Vermögen zur Deckung aktueller Ausgaben zurück. Während der Krise genutzte finanzielle Puffer wurden größtenteils nicht wieder gefüllt.

Die Auswirkungen der aktuellen Krisen und Herausforderungen sollten bei den laufenden Diskussionen zur Reform der Altersvorsorge beachtet werden. Insbesondere in Krisenzeiten ist eine aktuelle und valide Datenbasis zur Beobachtung von Veränderungen im Sparverhalten und Vermögen wichtig, um frühzeitig Lücken in der Absicherung zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

1. Einleitung: Sparen für die Altersvorsorge seit Beginn der Coronakrise zurückgegangen

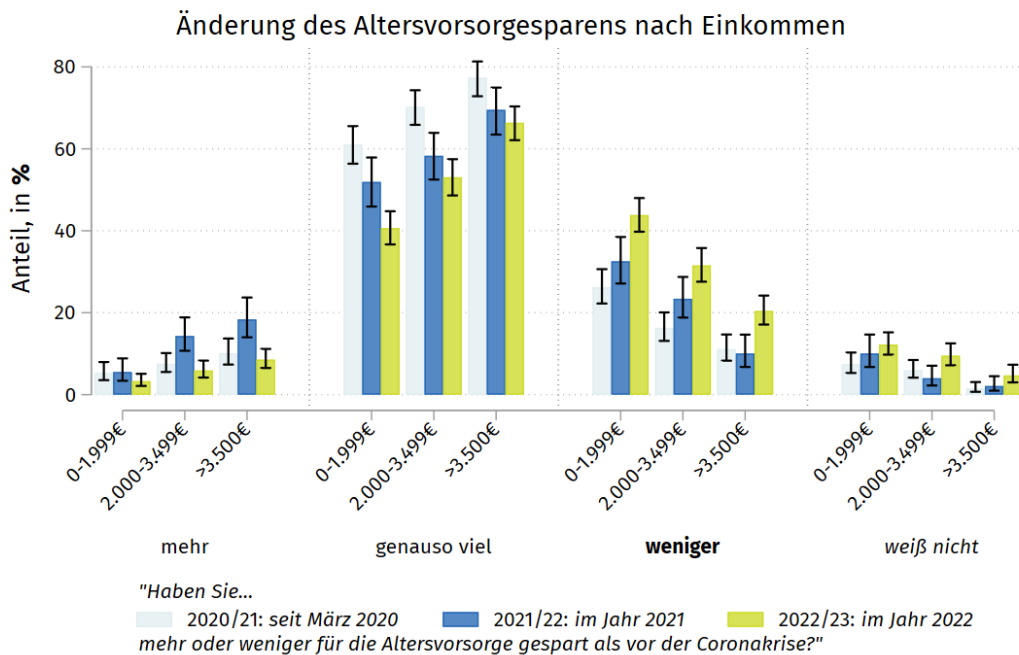
Die Forschungsergebnisse basieren auf Daten aus drei repräsentativen Umfragen, die in Kooperation mit der Universität Mannheim und dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR Mainz) konzipiert wurden. Hierfür sind Personen in Deutschland, die zum Befragungszeitpunkt zwischen 30 und 66 Jahre alt waren und sich nicht im Ruhestand befanden oder eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben, befragt worden. Die Erhebungen fanden jeweils zwischen Dezember und Januar in den Jahren 2020/21, 2021/22 und 2022/23 statt und umfassten bis zu 1.853 Personen. Die Befragungen wurden im Rahmen des Projektes „Finanzielle Schocks in der Corona-Krise (Schock-Co)“ vom Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert.

Insgesamt zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Ersparnis für die Altersvorsorge im Vergleich zur Situation vor der Coronakrise. So gaben in der ersten Erhebung im Winter 2020/21 17,5 Prozent der Befragten an, weniger für ihre Altersvorsorge zurückgelegt zu haben als noch vor der Coronakrise. Im darauf folgenden Winter stieg der Anteil derer, die weniger für das Alter sparten auf 21,2 Prozent an. Im Jahr 2022 gaben 31,3 Prozent und damit knapp jede dritte Person an, weniger für das Alter zurückgelegt zu haben.



Die Änderungen im Sparverhalten sind über alle Erhebungen hinweg ungleich verteilt. Unter Personen mit geringem Einkommen ist der Anteil, der weniger für die Altersvorsorge spart, höher als unter Personen mit hohem Einkommen. Dabei wurde das Nettoeinkommen auf Haushaltsebene gemessen. Im Winter 2020/21 gab etwa jede vierte befragte Person in Haushalten mit Nettoeinkommen von unter 2.000 Euro an, weniger für das Alter gespart zu haben (26,2 Prozent). Unter Personen mit einem Einkommen zwischen 2.000 und 3.500 Euro traf dies nur auf jede sechste Person (16,3 Prozent) und unter Personen mit einem Einkommen von über 3.500 Euro auf jede elfte Person (11,1 Prozent) zu.

Die Ungleichheit bei den Änderungen der Ersparnisbildung verschärfte sich über den Beobachtungszeitraum. Im Folgejahr zeichnete sich eine zunehmende Ungleichheit zwischen den Haushalten ab. Zwar sank der Anteil der Personen, die 2021 gleich viel sparen konnten unter allen Einkommensgruppen, jedoch beschränkte sich der Zuwachs der Gruppe, die mehr für das Alter sparen konnte, auf Personen in Haushalten mit einem Einkommen von über 2.000 Euro. Unter Personen mit geringerem Einkommen stieg hingegen der Anteil derer, die weniger für die Altersvorsorge zurücklegen konnten deutlich an: Unter Personen mit einem Einkommen unter 2.000 Euro sparte jeder Dritte (32,5 Prozent) weniger; Bei einem Einkommen zwischen 2.000 und 3.500 Euro traf dies auf fast jede vierte Person zu (23,4 Prozent).

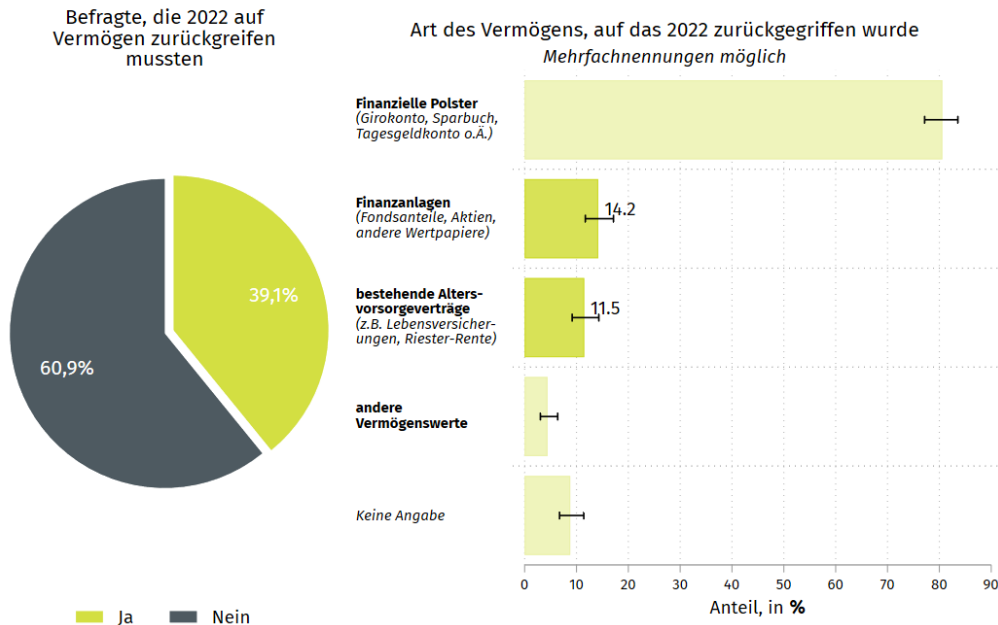


Im Jahr 2022 vergrößerten sich die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen weiter. Im mittleren und unteren Einkommenssegment sank der Anteil der Personen, die das Vorkrisenniveau beibehalten konnten, und unter diesen Personen konnte ein größerer Anteil weniger sparen als vor der Coronakrise. Unter Personen mit einem Einkommen unter 2.000 Euro konnten 43,1 Prozent weniger für das Alter sparen, bei einem mittleren Einkommen traf dies auf 31,6 Prozent zu und unter den Personen mit einem Einkommen über 3.500 Euro lag der Anteil bei 19,9 Prozent. Insgesamt zeigt sich, dass Personen mit geringen Einkommen häufig weniger für die Altersvorsorge zurücklegen konnten als vor der Krise. Diese Situation verschärfte sich für alle Einkommensgruppen über die Zeit, jedoch waren Personen mit geringen Einkommen besonders stark betroffen.

2. 2022 nutzten 39 Prozent der Befragten ihre Vermögen, um die Ausgaben decken zu können

Neben einem geringeren Zuwachs der Ersparnisse für das Alter zeigen die Ergebnisse auch, dass der Anteil der Personen, die aufgrund der Krise zur Deckung der Ausgaben Ersparnisse auflösen mussten, angestiegen ist. Dieser Personenkreis wuchs über den Beobachtungszeitraum: Im Winter 2020/21

gaben 19,2 Prozent der Befragten an, seit Beginn der Krise auf ihre Rücklagen zurückgegriffen zu haben. Während im Laufe des Jahres 2021 22,5 Prozent Ersparnisse und Vermögen auflösen mussten, stieg dieser Anteil 2022 auf 39,1 Prozent.



Hinweis: Von 1710 Personen, die zwischen Dez. 2022 und Feb. 2023 an der Befragung teilnahmen, gaben 618 an, auf Rücklagen zurückgegriffen zu haben. Angaben gewichtet, repräsentativ für die deutschsprachige Erwerbsbevölkerung in privaten Haushalten im Alter von 30 bis 65 Jahren.

Vier von fünf dieser betroffenen Personengruppe konnten auf liquide, finanzielle Rücklagen zurückgreifen. Dennoch gaben 14,2 Prozent an, im Jahr 2022 Finanzanlagen wie Fonds, Aktien oder andere Wertpapiere veräußert zu haben. 11,5 Prozent lösten bestehende Altersvorsorgeverträge wie Lebensversicherungen und Riester-Renten auf. Bezogen auf die gesamte Erwerbsbevölkerung gaben 8,7 Prozent an, dass sie im Laufe des Jahres 2022 auf Finanzanlagen oder Altersvorsorgevermögen zurückgegriffen haben, um Ausgaben zu decken.

3. Mehrheit konnte aufgelöste Ersparnisse bisher nicht wieder aufbauen

Aufgelöste Ersparnisse konnten von der Mehrheit der Betroffenen bis zum Winter 2022/23 nicht wieder aufgebaut werden. Zwar gaben 36,1 Prozent der Befragten im Winter 2022/23 an, keinerlei Ersparnisse während der Coronakrise aufgelöst zu haben und weitere 11,7 Prozent besaßen vor der Pandemie keine Ersparnisse. Jedoch konnten nur 6,0 Prozent der Personen, die Ersparnisse auflösen mussten, diese wieder vollständig aufbauen. Weiteren 26,2 Prozent der Betroffenen gelang es, zumindest einen Teil der Ersparnisse wieder aufzubauen. Mehr als zwei Drittel der Personen, die Ersparnisse auflösen mussten, gelang es hingegen nicht, die aufgelösten Ersparnisse wieder aufzubauen (67,8 Prozent). Diese Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, dass die finanziellen Puffer der Haushalte, die während der Coronakrise genutzt wurden, bisher nicht wieder aufgebaut werden konnten. Insofern sind derzeit mehr Haushalte als zuvor schlecht vorbereitet auf mögliche zukünftige Krisen und ihre finanziellen Folgen.

Autorenteam

Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen*

ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische
Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH
L 7, 1
68161 Mannheim
www.zew.de
tabea.bucher-koenen@zew.de
Tel.: +49 (0)621 1235-147

Marius Cziriak

ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische
Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH
L 7, 1
68161 Mannheim
www.zew.de
marius.cziriak@zew.de
Tel.: +49 (0)621 1235-161

Prof. Dr. Carmela Aprea

Universität Mannheim
Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik – Design
und Evaluation instruktionaler Systeme
L 4, 1 – Raum 104
68161 Mannheim
<https://www.bwl.uni-mannheim.de/aprea/team/prof-dr-carmela-aprea/carmela.aprea@uni-mannheim.de>
Tel.: +49 (0)621 181-2197

* Ansprechpartnerin für Rückfragen

ZEW-Kurzexpertise

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · twitter.com/ZEW
Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl
Redaktionelle Verantwortung: Pascal Ausäderer · cvd@zew.de
Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.